

GERECHTIGKEIT VON ANFANG AN

Für einen besseren Schutz unserer Kinder!



IM AUFTRAG DER FAMILIE!



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

FÜR EINEN BESSEREN SCHUTZ UNSERER KINDER!

DER SIEBEN-PUNKTE-AKTIONSPLAN

Die meisten Kinder in Deutschland fühlen sich wohl, leben gesund, werden von ihren Eltern geliebt und gefördert. Ihre Mütter und Väter wollen das Beste für die Zukunft ihrer Kinder und nehmen ihre Erziehungsverantwortung sehr ernst. Doch es gibt auch Eltern, die – oftmals trotz guter Vorsätze – verunsichert und überfordert sind. Im schlimmsten Fall kann diese Überforderung zu Kindesvernachlässigung und -misshandlung führen.

Wir setzen alles daran, jedem einzelnen Kind einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Denn die Förderung des Kindeswohls und ein funktionierender Kinderschutz müssen in einer menschenwürdigen Gesellschaft für Bund, Länder und Gemeinden höchste Priorität haben. Entscheidend dafür ist ein abgestuftes System der Förderung von Kindern und Eltern, ihrer Unterstützung und der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten.



Deshalb hat der SPD-Vorsitzende Kurt Beck gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion einen Sieben-Punkte-Aktionsplan für einen besseren Schutz unserer Kinder entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt.

UNSERE SIEBEN PUNKTE SIND:

■ PASSENDE HILFEN FÜR ELTERN VON ANFANG AN!

Alle Eltern wollen gute Eltern sein. An dieser Bereitschaft müssen Hilfen ansetzen. Deshalb gilt es, Familien, die durch besondere Risiken belastet sind, früh zu erkennen und zu erreichen. Sie brauchen passende, verlässliche und kontinuierliche Unterstützung, Begleitung und Hilfen – am besten schon während der Schwangerschaft. So kann erreicht werden, dass aus den Anforderungen, ein Kind zu versorgen, keine Überforderung wird. Deshalb wollen wir durchsetzen, dass flächendeckend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugend- bzw. der Gesundheitshilfe Familien zu Hause aufsuchen, um konkret Hilfestellung geben zu können.

■ STARKE NETZE FÜR KINDER UND ELTERN!

Häufig mangelt es nicht an Hilfs- und Unterstützungsangeboten, aber die Hilfen sind nicht ausreichend vernetzt. Gefragt ist eine Vernetzung zwischen dem Gesundheitswesen, der Kinder- und Jugendhilfe, den Sozialämtern, der Justiz (Familiengerichte) und der Polizei. Die Zusammenarbeit aller, die für das gesunde Aufwachsen unserer Kinder Verantwortung tragen, muss verbessert werden, damit gegebenenfalls rechtzeitig eingegriffen werden kann. Informationen müssen verlässlich und schnell ausgetauscht werden, damit die betroffenen Familien besser und schneller erreicht werden können.

■ RECHTSANSPRUCH AUF BILDUNG UND BETREUUNG AB EINS!

Kinder verdienen beste Bildungschancen – unabhängig von ihrem Elternhaus. Deshalb hat die Koalition auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion einen Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung ab dem ersten Geburtstag beschlossen, der ab

1. August 2013 in Kraft treten wird. Bis dahin werden Länder und Kommunen mit deutlicher finanzieller Unterstützung des Bundes ihr Angebot an Kinderbetreuung bedarfsgerecht ausbauen.

Kitas sind die erste Bildungsinstitution für Kinder. Sie bieten Raum und Zeit, um Kinder früh und individuell zu fördern und elternhausbedingte Nachteile auszugleichen. Gerade für überforderte Eltern bieten sie auch dringend benötigte Entlastung und Unterstützung.

Wir wollen Kitas zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Denn dort werden nicht nur Kinder, sondern auch die Eltern gefördert. Sie lernen, ihre Probleme selbständig zu lösen und ihren Kindern gute Eltern zu sein. Sie werden angeleitet, mit ihren Kindern stabile Beziehungen aufzubauen. Das ist ein wirkungsvoller Schutz vor Vernachlässigung.

Das Betreuungsgeld, das von CDU und CSU gefordert wird, hilft gefährdeten Kindern und überforderten Eltern überhaupt nicht, es schadet nur. Gerade Eltern mit niedrigem Einkommen werden das Betreuungsgeld sehr häufig in Anspruch nehmen und dafür ihre Kinder von einem frühen Kitabesuch fernhalten. Die Bildungschancen der Kinder verschlechtern sich. Eltern bekommen keine Entlastung, Schwierigkeiten innerhalb der Familie werden noch verschärft.



■ **HANDLUNGSFÄHIGE JUGENDÄMTER, VERANTWORTUNGSVOLLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER!**

Jugendämter brauchen gut geschulte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und starke Rechte, damit sie frühzeitig und vorbeugend handeln und Kinder aus ihren Familien nehmen können. Die Verantwortung und die Eingriffsrechte der Jugendämter haben wir deshalb bereits vor zwei Jahren mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt. Wir prüfen, ob die Verpflichtung zu Hausbesuchen durch die Jugendämter weiter verstärkt werden muss. Damit diese den staatlichen Schutzauftrag umsetzen können, brauchen sie auch eine gute Personalausstattung.

Außerdem stärken wir mit dem Gesetz "Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls" die Eingriffsrechte der Familiengerichte und die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern.

Aber nicht nur Erzieherinnen und Erzieher, Jugendamtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und Richterinnen und Richter müssen genau hinsehen, wenn es um unsere Kinder geht. Hier stehen wir alle in der Verantwortung. Deshalb wollen wir eine "Kultur des Hinschauens" schaffen. Das bedeutet das direkte Engagement jeder Bürgerin und jeden Bürgers. Gelungene Nachbarschaft unterstützt schon im Vorfeld, schafft Netzwerke für junge Eltern und bietet Kindern einen Platz. Eine „Kultur des Hinschauens“ bedeutet, eine Kultur der Unterstützung und nicht der Denunziation zu schaffen.

■ **EIN VERBINDLICHES EINLADUNGSWESEN FÜR DIE VORSORGEUNTERSUCHUNGEN!**

Unser Ziel ist: 100 Prozent aller Kinder zu erreichen. Die meisten Eltern nehmen die Vorsorgeangebote für ihre Kinder wahr. Entwicklungsverzögerungen, drohende Behinderungen und gesundheitliche Störungen können so frühzeitig entdeckt und ausgeglichen werden. Allerdings sinkt die Teilnahme mit dem Alter der Kinder, besonders bei sozial benachteiligten Familien. Das Versäumen dieser Untersuchungen ist meist auf Vergesslichkeit oder fehlende Information zurückzuführen, kann aber auch ein Hinweis auf Vernachlässigung oder Misshandlung sein. Deshalb setzen wir alles daran, dass jedes Kind an den Vorsorgeuntersuchungen teilnimmt.



Dazu muss in den Ländern ein flächendeckendes System aus verbindlichem Einladeverfahren, kontrollierenden Rückmelde-mechanismen bis hin zu Hausbesuchen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder des Jugendamtes geschaffen werden. Einige Länder gehen mit gutem Beispiel voran: Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben Kinderschutzgesetze vorgelegt, mit denen in diesen Ländern schon in diesem Jahr flächendeckend ein verbindliches Einladungswesen installiert wird. Wir begrüßen die Initiativen der Länder, Vorsorgeuntersuchungen verbindlich anzubieten und dafür zu sorgen, alle Kinder zu erreichen.

Generell fördert ein umfassender Gesundheitsschutz das gute Aufwachsen der Kinder. Deshalb setzen wir uns für ein Präventionsgesetz ein, das auch Gesundheitsvorsorge in Kitas umfasst. Außerdem brauchen wir in allen Ländern verbindliche Schulein-gangsuntersuchungen.

■ VORSORGEUNTERSUCHUNGEN VERBESSERN!

Unser Ziel ist, die Vorsorgeuntersuchungen zu verbessern. Deshalb setzen wir uns für eine Überarbeitung der Richtlinien zur Früherkennung von Krankheiten bei Kindern ein. Außerdem arbeiten wir daran, die Intervalle zwischen den einzelnen Unter-suchungsterminen zu verkürzen. Wir prüfen, ob zusätzliche



Vorsorgeuntersuchungen sinnvoll und notwendig sind. Einige Krankenkassen bieten für ihre Mitglieder bereits heute drei zusätzliche Untersuchungen an. Wir wollen, dass Ärztinnen und Ärzte, die Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen durchführen, über Fortbildungsmaßnahmen besonders für die Erkennung von Vernachlässigungs- und Misshandlungsfällen sensibilisiert werden und dann die notwendigen Schritte einleiten.

■ KINDERRECHTE IM GRUNDGESETZ VERANKERN!

Für Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren, haben Staat und Gesellschaft eine besondere Verantwortung. Elternrecht ist ein hohes Gut. Es findet aber dort seine Grenzen, wo das Kinderrecht verletzt wird. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, die Kinderrechte in der Verfassung zu verankern. So können wir die Bedingungen, unter denen unsere Kinder aufwachsen, weiter verbessern.

Kurt Beck hat erreicht, dass die Regierungschefs aller Länder Mitte Dezember 2007 sechs von unseren Sieben Punkten für einen besseren Schutz unserer Kinder akzeptiert und gemeinsam vereinbart haben. Bei einer Forderung allerdings blockieren CDU und CSU nach wie vor: Sie verweigern die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz.

Diese Blockadehaltung widerspricht den Interessen von Kindern. Denn bei unserem Einsatz für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz wissen wir starke Partnerinnen und Partner an unserer Seite. Mit uns sind Unicef Deutschland, der deutsche Kinderschutzbund und das deutsche Kinderhilfswerk ebenso wie namhafte Verfassungsjuristen und -juristinnen sowie viele andere davon überzeugt, dass eine solche Grundgesetzänderung deutlich mehr wäre als eine rein symbolische Handlung. Eine Grundgesetzänderung hätte mittelfristig eine Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Kinder zur Folge.

In dieser Form will die SPD-Bundestagsfraktion die Kinderrechte im Grundgesetz festschreiben:

“Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.”

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion,
Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Bezug/Gesamtherstellung: SPD-Bundestagsfraktion,
Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
oder unter www.spdfraktion.de/familie

Text: Marion Binder

Bilder: BilderBox Bildagentur GmbH, Strandperle Medien Service e. K.

März 2008

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.